

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweiker.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

An unsere Leser und Parteigenossen.

Wir haben seinerzeit nur im Partei-Interesse zu handeln geglaubt, indem wir, mit erweiterten Mitteln im geistigen Kampfe vorangehend, uns entschlossen, der an uns ergangenen Aufforderung Folge zu leisten, den „Social-Demokrat“ täglich erscheinen zu lassen.

Auch haben wir uns in der Erwartung, unsere Opferwilligkeit für die Parteisache von Seiten der Parteigenossen nach Kräften unterstützt zu sehen, nicht getäuscht. Fortwährend hat sich bis auf den heutigen Tag die Theilnahme und das Interesse der Arbeiterwelt an unsern Bestrebungen gesteigert und vor allen ließen es sich die Arbeiter unserer Partei, die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Bereins, anzuzeigen sein, so weit es unter dem Drucke der mit dem heutigen Produktionszustande verbundenen Noth möglich war, uns fördernd und ermutigend entgegenzukommen.

Da das tägliche Erscheinen unseres Blattes eine Preiserhöhung nothwendig bedingte, so wurde schon damals, eben in Folge jenes Druckes der materiellen Verhältnisse, hier und dort ein Einspruch laut und der Wunsch geäußert, den Abonnementspreis noch niedriger zu stellen, was leider nicht möglich war und ist. Es ließ sich indessen, nach der Meinung Anderer, hoffen, daß sich allmählich die Schwierigkeiten heben würden. Aber neuerdings mehrten sich, besonders in der letzten Zeit, die Stimmen, welche eine Herabsetzung des Preises als dringend wünschenswerth bezeichnen. Es hat sich demnach wirklich herausgestellt, daß die Arbeiter den seitherigen Abonnements-Preis nicht erschwingen können. Da aber eine Erniedrigung desselben bei täglichem Erscheinen völlig unmöglich ist, so haben wir uns, wenn auch ungern, dazu entschlossen, das Blatt vom 1. April an wöchentlich dreimal zu dem früheren, unten bezeichneten Preise auszugeben.

Um so mehr dürfen wir erwarten, daß die deutschen Arbeiter auch in Zukunft ihr Organ kräftig fördern werden, welches allezeit die Sache der Arbeit mit Entschiedenheit vertreten und auf dem Boden der ganzen und vollen Volkssache stehen wird.

Redaction und Verlag des „Social-Demokrat.“

Bestellungen auf den „Social-Demokrat“ für das zweite Quartal 1866 bitten wir außerhalb bei den Postämtern, in Berlin bei den bekannten Zeitungs-Expeditoren bei Zeiten zu machen. Der Abonnements-Preis ist vom 1. April an für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.)

Der todte Schulze gegen den lebenden Lassalle.

XV.

„Entfesseln Sie die Bestie nicht!“ — ein trefflicher Wahlpruch in der That für einen Mann, der als Freund der Arbeiter gelten will.

Wir haben seinerzeit, als Sie dies Wort in der preussischen Kammer sprachen, kein sonderliches Gewicht auf dasselbe gelegt — wir hielten für möglich, daß Ihnen dasselbe in der Hitze des Gefechts entfahren sei, und daß Sie es bei ruhiger Ueberlegung nicht aufrecht erhalten würden. — Allein Ihre neueste Brochüre, zu der Sie zwei Jahre Zeit hatten und die daher wohl überlegt sein muß, beweist, daß es Ihnen bitterer Ernst mit Ihrer „Bestie“ ist.

Bei Besprechung der von Lassalle vorgeschlagenen Productiv-Associationen gehen Sie nämlich beständig von der Ansicht aus, die Leiter und Mitglieder dieser Associationen würden nichts Eiligeres zu thun haben, als die Gelder, von denen sie doch wüßten, daß sie zur Förderung der Arbeitersache überhaupt bestimmt wären, zu Fäulenzerei, Schwindel und Beeinträchtigung Anderer zu verwenden.

Nun verlangen wir von Ihnen durchaus nicht, Herr Schulze, daß Sie die Arbeiter für besser halten sollen als andere Menschen. Zwar ließe sich behaupten, daß die Arbeiter, weil sie den demoralisirenden Einflüssen der Concurrenz minder ausgesetzt sind (wir meinen hier die moralische, nicht die materielle Wirkung der Concurrenz), auch minder durch die Verhältnisse verschlechtert werden, als gewisse andere Leute. Aber wir wollen dies nicht behaupten. Wir wollen uns beschränken auf die sicherlich unbezweifelbare Wahrheit: daß die Arbeiter Menschen sind. Aus diesem Satze, Herr Schulze, den Sie hoffentlich zugeben, haben Sie zu folgern: daß Sie von den Arbeitern nicht schlechter denken dürfen, als Sie von den Menschen überhaupt denken. Hieraus schon erhellt, wie stark es ist, zu sagen: „Entfesseln Sie die Bestie nicht!“ Die Bourgeoisie ist doch „entfesselt“ worden — was bei dieser gut gethan, warum sollte es bei dem Volke nicht gut thun?

Die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, insbesondere was mit der Verwendung der

bekanntem 3 Millionen Francs (!!) für Productiv-Associationen im Jahre 1848 zusammenhängt, zeigt uns, daß die französischen Arbeiter die sociale Idee unter den schwierigsten Verhältnissen, angefeindet von der Bourgeoisie und Staatsgewalt, mit einem Opfermuth und einer Ausdauer verfolgt und festgehalten haben, die in der That an's Unglaubliche grenzen. Die Geschichte der Productiv-Associationen im Jahre 1848 gehört zum Merkwürdigsten und Erstaunlichsten in der Weltgeschichte. Das Interesse des Einzelnen ist damals so sehr zurückgetreten vor der Macht der Idee, daß man, Angesichts jener Thatfachen, nur staunen und bewundern kann.

Wir könnten nun, Herr Schulze, von Ihnen verlangen, daß Sie mit uns hoffen und erwarteten, daß, wenn es deutschen Arbeitern ermöglicht würde, im Interesse der Arbeitersache thätig zu sein, sie nicht zurückstehen würden hinter den Arbeitern Frankreichs. Aber nicht dies sagen wir Ihnen — unsere Ansprüche an Sie sind weit geringer. Wir verlangen nur — dies aber verlangen wir mit aller Bestimmtheit — daß Sie nicht schlechter von den Arbeitern denken, als von anderen Menschen, daß Sie also auch, wenn es sich um die von Lassalle vorgeschlagenen Associationen handelt, nicht von der Ansicht ausgehen, die Arbeiter würden diese Associationen gesüßlich zu Schwindel, Betrug und Ausbeutung mißbrauchen! Derartige Absichten mögen Sie für möglich halten bei Einzelnen, ja sogar bei vielen Einzelnen; allein Sie sind nicht berechtigt anzunehmen, daß eine Gesamtheit von Tausenden und Aber-Tausenden unempänglich sein werde für die Forderungen des Rechtes, der Ehre und der Vernunft. Es handelt sich darum, Menschen, nicht eine Bestie zu entfesseln.

Genug hiervon!

Wir haben in den früheren Artikeln gezeigt, einerseits wie es im heutigen Produktionszustande steht, andererseits, wie es im zukünftigen sein wird. Die von Lassalle vorgeschlagenen Associationen nun sollen nichts anderes sein, als ein Versuch, den jetzigen Zustand auf friedliche und allmähliche Weise in den neuen überzuführen. Hieraus ergibt sich, daß diese Associationen um so mehr die Noththeile des jetzigen Zustandes zu tragen haben, je weniger sie noch um sich gegriffen haben; daß sie die Vortheile des künftigen Zustandes um so mehr genießen, je mehr sie Wurzel gefast haben. Es liegt ein Uebergangsstadium vor, welches, je näher es nach seinem Ausgangspunkte steht, desto mehr noch vom heutigen Zustande an sich trägt; welches aber, je mehr es fortschreitet, und sich entwickelt, desto weniger vom heutigen und desto mehr vom künftigen an sich tragen wird.

Nun kommen Sie, Herr Schulze, und setzen uns auseinander, daß die Mißstände der bürgerlichen Gesellschaft (z. B. was das Risiko betrifft) auch auf diese Associationen einwirkten. Ganz gut! Aber sehen Sie denn nicht ein, daß Sie gegen

Ihre Sache, nicht gegen die unsere demonstrieren. Alle Missstände, welche Sie geltend machen können, beruhen darauf, daß das neue Element dem alten gegenüber nicht genugsam erstarkt ist. Und aus eben diesen Gründen werden jene Missstände in dem Verhältnisse geringer werden und abnehmen, in welchem das neue Element, die Production durch jene Associationen zunimmt. Alles, was Sie auf Ihrem Wege beweisen könnten, würde immer nur, obschon dies nicht in Ihrer Absicht wäre, auf die Erkenntniß hinauslaufen: daß es für die Sache der Arbeiter zuträglich wäre, wenn man das neue Princip fogleich in noch umfassenderer und allgemeinerer Weise zur Geltung bringen könnte, als Lassalle es zunächst vorgeschlagen hat. Er hat den mildesten Weg vorgeschlagen, um dem selbstthätigen Kastengeist der kapitalbestehenden Klasse, jeden, auch den leisesten, scheinbaren Einwand unmöglich zu machen. Was er zunächst für die Agitation wollte, das können Sie in seinem „Antwortschreiben“ lesen; was er aber überhaupt, im Endzweck, wollte, sagt Ihnen der „Basiat-Schulze.“

Was nun speciell das Risiko betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß Sie sich thatsächliche Unrichtigkeit erlauben. Sie behaupten: jene Associationen sollten nicht miteinander in Verbindung stehen (außer für die Assuranz); dies ist eine Unrichtigkeit; Sie werden angeblich aus den Schriften Lassalle's zu beweisen suchen, daß jene Verbindung nicht stattfinden solle; sie hat selbstverständlich naturgemäß eintreten; denn man darf nie vergessen, daß diese Associationen der „Keim“ der zukünftigen Ordnung sind und daß sie daher, Schritt vor Schritt, so oft es passend erscheint, sich jener Ordnung allseitig anzunähern haben.

Es ist richtig, daß jene Associationen als in die jetzige Ordnung hineingestellt, nicht ohne Risiko wären. Allein dieses Risiko würde ein vergleichsweise geringes sein, weil sie von Anfang an als im großartigen Maßstabe errichtet gedacht werden müssen. Gute und umsichtige Leitung (nöthigenfalls selbst gegen hohes Honorar) wäre zu erzielen; eine solche Leitung aber vorausgesetzt, hätten jene Associationen nicht nur alle Vortheile, welche heute schon das große Kapital, der Großbetrieb bieten, sondern auch noch, z. B. vermöge größeren Antriebs zur Arbeit, jene Vorzüge, welche wir als dem zukünftigen Zustande eigen bezeichnet haben. Sollte aber, was freilich möglich ist, da und dort in Folge des Risicos ein Ausfall entstehen, so würde dieser Ausfall, in Folge des allgemeinen Assuranzverbandes sich über Alle vertheilen; nach bestimmten Regeln in einfacheren Fällen über alle Mitglieder ein und desselben Produktionszweiges, in schwereren Fällen über die Gesamtheit der Associationen.*)

Ist es unrichtig, daß jene Associationen zu Anfang nicht ohne Risiko sind, so ist doch ebenso gewiß, daß dieses Risiko um so mehr abnimmt, je mehr man sich dem Punkte nähert, wo, wie Sie selbst sagen, diese Associationen „die herrschende Form der Production“ sind. Je mehr man sich diesem Punkte nähert, desto mehr nähert sich die Consumtionsfähigkeit der unteren Klassen der Consumtionsfähigkeit der oberen; eine desto gleichartigere und gemeinnützige Richtung nimmt also auch die Production selbst an; eine desto geringere Macht hat also ferner das der Arbeit selbstständig gegen-

*) Diesen Sinn hat es, wenn Lassalle sagt, daß zunächst die Mitglieder der Productiv-Associationen eines Zweiges, in zweiter Linie dann alle Zweige sich gegenseitig zu assuriren hätten, wornach also Ihr Baumwollenbeispiel, welches sich doch wohl auf einen der schwereren Fälle bezieht, sehr einfach erledigt würde, wenn es nicht überhaupt falsch wäre; denn worum es sich in diesem Beispiele handelt ist nicht das Risiko, daß angefertigte Waaren nicht absehbar sein würden, sondern der Umstand, daß für eine gewisse Klasse von Arbeitern eine Arbeit vorhanden wäre. Sie haben auch hier wieder, wie Ihnen dies schon so häufig passiert, zwei verschiedene Begriffe mit einander verwechselt: Sie wollten ein Beispiel des Geschäftsriscos geben, ein Beispiel von der Gefahr des Unternehmens, das verwandte Kapital zu verlieren und nahmen in Wirklichkeit einen der Fälle, wo allgemeine Arbeitslosigkeit bei den Arbeitern eines bestimmten Zweiges dadurch eintritt, daß die Unternehmer überhaupt nicht unternehmen.

überstehende Kapital, desto mehr tritt das die Arbeit ausaugende Kapital gegen die mit Kapital bewaffnete Arbeit zurück; mit Einem Wort: je weiter man auf der Bahn voranschreitet, desto mehr nähert man sich dem Zustande, wie wir ihn als den zukünftigen beschrieben haben.

Aber selbst den sehr unwahrscheinlichen Fall angenommen, durch eine Reihe ungünstiger Zufälle würde ein so großer Ausfall in den ersten Jahren jener Production durch Associationen entstehen, daß er selbst nicht mehr durch die gegenseitige Assuranz zu tragen wäre, was wäre es denn anders, als eine schon hundertmal dagewesene Ausgabe von Staatsmitteln ohne den beabsichtigten Erfolg? Es werden von den Staaten Kriege geführt, die hundert und aber hundert von Millionen Thalern verschlingen, um schließlich mit einer Staatsniederlage zu enden. Was in unserm Falle selbst unter den schlimmsten Verhältnissen verloren gehen könnte, wäre nicht im Entferntesten mit dem zu vergleichen, was ein einziger unnöthiger oder unglücklicher Krieg in einem einzigen Monat nutzlos aufzehrt.*)

Sie sind freilich sehr entrüstet, Herr Schulze, daß der Krieg gegen die Kapitalmacht — und allerdings ist es ein solcher Krieg, der gerechteste Krieg, der je geführt worden, dieser Krieg der Arbeit gegen das Kapital! — daß dieser Krieg mit Geldern der Kapitalbestehenden gegen das Kapital geführt werden soll. „Freilich“ — so rufen Sie aus — „bleibt das keine Bedenken dabei, daß das Geld zu der geforderten Staatsanleihe (Wer hat gesagt, daß es durchaus eine Anleihe sein muß?) Niemand anders hergeben kann, als die Inhaber derselben Privatkapitalien, gegen welche es als Kriegswaffe zu dienen bestimmt ist.“

Aber, Herr Schulze, nachdem wir Ihnen so deutlich auseinandergesetzt, daß die kapitalbestehende Klasse ihr Kapital überhaupt nur in Folge einer ständigen Vererbung und Ausbeutung der Arbeit erlangt hat, wird es Sie nicht mehr wundern, wenn diese Arbeit ein winziges Theilchen von diesem Kapital in ihrem Interesse, im Interesse der anzuhaltenden Emancipation der Arbeit, verwendet sehen will. Die schreiende Ungerechtigkeit liegt nicht darin, daß jene „Kriegskasse“ errichtet werden soll, sondern darin, daß sie nicht schon längst errichtet ist.

Ihre Einwendungen, Herr Schulze, sind also nicht stichhaltig. Aber wir wollen Ihnen eine Schwierigkeit bezeichnen, mit welcher jene Associationen zu kämpfen haben würden und die allerdings nicht gering wäre, von der sie aber weidlich geschwiegen haben: Es wäre der botenlose Haß und Aerger der Bourgeoisie gegen jede Veranstaltung, die auch nur im Entferntesten dazu angethan wäre, ihre Privilegien zu erschüttern: es ist dies derselbe Haß und Aerger, der im Jahre 1848 jenen französischen Arbeiter-Associationen so maßlos entgegentrat, mit allen Mitteln feiger Hinterlist und geheimer Intrigen sie zu ruiniren suchte.

Aber auch damit würde man fertig zu werden wissen, vorausgesetzt, daß die neue Einrichtung in hinreichend großem Maßstabe in's Leben gerufen würde. —

So viel zur Entgegnung auf Ihre Brochüre! Und nun noch einige Worte zum Schluß!

*) Endlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß Mißbräuche im Schooße jener Associationen unmöglich gemacht würden, sowohl durch diejenige Ueberwachung, welche eine von den Associationen selbst einzusetzende Centralbehörde ausüben könnte, als auch durch das Aufsichtrecht des demokratischen Staates, welcher die Einrichtung der Associationen ermöglicht hätte.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 16. März. [Zur Elbherzogthümerfrage] schreibt der Wiener Correspondent der „Coburger Zeitung“: „Die Herzogthümerfrage muß jetzt ausgetragen werden, und schwerlich wird es zu verhindern sein, daß sie als europäische Frage ausgetragen wird. Zwar halten die dem Fürsten Metternich behufs seiner Theilnahme an der Pariser Conferenz erteilten Instruc-

tionen ohne Zweifel strenge an dem Gedanken fest, daß die Verabredungen ausschließlich der Angelegenheit der Donaufürstenthümer gelten, und Graf Soltz dürfte ähnlich instruiert sein. Aber falls von anderer Seite ein Antrag gestellt werden sollte, auch die Angelegenheit der Elbherzogthümer der internationalen Behandlung zur unterziehen, so würde weder Oesterreich noch auch Preußen dem erfolgreichen Widerstand entgegensetzen können. Denn sie können sich nicht darauf berufen, daß die auswärtigen Mächte dem Wiener Frieden und dem Gasteiner Vertrag vorbehaltslos zugestimmt haben, und müßten sogar gewärtig sein, daß aus dem Kreise der übrigen Bundes-Regierungen eine Kundgebung erfolge, die sich einverstanden damit erklärte, das in London unterbrochene Werk in Paris fortgesetzt zu sehen.“ Die Möglichkeit, daß diese Frage jetzt in Paris zum Austrage kommt, liegt allerdings vor. Ob sie dort zu Gunsten Preußens gelöst werden würde, muß sehr dahin stehen.

— [Zum Regiment in den Elbherzogthümern] liefert heute die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Commentar zu dem neuesten, gestern von uns mitgetheilten Strafgesetz für Schleswig. Das ministerielle Organ schreibt:

Es hat lange gedauert, bis die Geduld der loyalen Autoritäten durch die immer dreister sich gebende Annäherung des Partisanismus so weit gebracht ist, daß sie weiteren Ausschreitungen dieser Art in der ernstesten Weise ein Ziel setzt. Viele Monate lang sind in beiden Herzogthümern die Anhänger der rechtmäßigen Gewalt der socialen Proscription, ja physischen Gewaltthätigkeiten von Seiten jener Phantasten ausgesetzt gewesen, bis die preussische Verwaltung in Schleswig den Beweis lieferte, daß die strenge Handhabung der bestehenden Gesetze ausreichte, den Agitatoren gegen die beiden rechtmäßigen Souveraine ein Ziel zu setzen. Wenn nichts desto weniger die obige Verordnung nötig wurde, so haben wir mit Bedauern zu constatiren, daß die Ursachen dazu in Holstein gesucht werden müssen, wo alle diejenigen Fäden zusammenlaufen, durch welche die Agitation für einen Prätexten in Bewegung gesetzt wird, dessen vermeintliche Ansprüche durch den Wiener Frieden vollständig beseitigt worden sind, wie dies ja der Herr Statthalter von Holstein selbst ausdrücklich anerkannt hat, als er die Verfassung von 1854 als rechtmäßig proklamirte. Die königliche Verordnung ist daher keine einfache Repressivmaßregel gegen die Augustenburgerlei in Schleswig allein. Die Autorität des königl. Gouvernements ist dort zu fest begründet, als daß sie durch Adressen und Phrasenmacherie erschüttert werden könnte und es zu ihrer Sicherheit notwendig wäre, ein paar vorlaute Schreier einsperren zu lassen. In der königl. Verordnung ist vielmehr ein Princip unter dem Schutze der Strafgesetzgebung gestellt, das Princip, welches zum Abschluß der Gasteiner Convention geführt hat und damals von der österreichischen Regierung ebenso als rechtmäßig anerkannt worden ist, wie dies Seitens der preussischen Regierung geschehen ist. In der Verordnung vom 11. März werden Angriffe nicht auf das Recht eines Einzelnen der Condomini, sondern auf das eines Jeden derselben für strafbar erklärt, und man wird in Kiel, sowie in Wien nicht umhin können, die volle Berechtigung dieses Actes anzuerkennen und, wenn man es anders mit der Ehre des gegebenen Wortes ernst meint, Reciprocität zu üben. Eine sehr naheliegende Gelegenheit bietet sich der österreichischen Statthalterchaft hierzu in der Angelegenheit des Redacteur's May, obwohl ihr in diesem Falle schon durch einen Bundesbeschluß eine bestimmte Verpflichtung auferlegt ist.

Wir sind der Ansicht, daß die österreichische Regierung, um ihre Souveränitätsrechte in Holstein aufrechtzuerhalten, nicht erst dieses Strafgesetzes für Schleswig bedürft hat, daher von „Reciprocität“ nicht wohl die Rede sein kann. Auch wird dieses Strafgesetz die an dänisches Zwangsregiment gewöhnten Schleswig-Holsteiner an ihrem Selbstbestimmungsrechte nicht irre machen. Was aber den Redacteur May betrifft, so muß sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ vor Allem mindestens so lange gedulden, bis das Urtheil rechtskräftig geworden ist.

— Ueber das preussische Bundesreformproject der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Prov.-Corr.“ schreibt man der „Coburg. Ztg.“ aus Wien:

Soll dies auf den Gegencomp hinweisen, mit welchem vor einigen Tagen Oesterreich bedroht wurde, weil es angeblich sich um die Allianz der Mittelstaaten bewerbe im Hinblick auf einen ernstlichen Conflict mit Preußen? Will man Oesterreich zuvorkommen und glaubt man es zu kreuzen etwa durch Erwerbung der Fahne des deutschen Parlaments? Auf diese Fragen weiß ich freilich keine